

Doktor Dope

Drogen Die Ära des weltweiten Haschischverbots geht zu Ende. Deutschland muss seine strikte Prohibition überdenken: Cannabis kann für viele Kranke ein wirksames Medikament sein – und für Erwachsene ein vergleichsweise ungefährliches Rauschmittel.

Frau Zeng spricht leise, fast flüsternd, mit starkem chinesischem Akzent. Wie lange denn die Schlafstörungen schon andauern?

Schon paar Wochen vielleicht, sagt der Kunde. Frau Zeng fragt, ob er denn wirklich das Gefühl habe, Cannabis helfe ihm, leichter einzuschlafen?

„Allerdings“, sagt er. Und schon tut die Heilpraktikerin das, was sie immer tut, ganz gleich, wie die Beschwerden lauten: Sie stellt ein Cannabisrezept aus.

Das Papier von Frau Zeng berechtigt zum sofortigen Bezug von „medizinischem Cannabis“ in jeder Form, gleich hier in der Canna Clinic. Hinter der Theke stehen die Einmachgläser, gefüllt mit den dunkelgrünen Pflanzenballen: „B52“, „Afghan Kush“, „BC Bud“. Auch Cannabiskekse werden offeriert, selbst Haschischhönig. Heute im Angebot: vorgedrehte Joints und Haschpralinen für jeweils zwei Dollar.

So geht es derzeit zu in Vancouver, Kanada. Wer die pseudomedizinische Befragung über sich ergehen lässt, kann hier so viel Cannabis kaufen, wie er will. Die Stadt zählt rund 600 000 Einwohner und mindestens 80 Fachgeschäfte für Hasch, von denen kein einziges nach kanadischem Recht legal ist.

Doch solange die Ladenbesitzer nicht an Minderjährige verkaufen, haben sie von der Polizei nichts zu befürchten. Diese untersteht dem Stadtrat, und der hat in einem Akt der Rebellion entschieden, dass sich Vancouvers Polizisten um Wichtigeres zu kümmern haben, um Heroin oder Crystal Meth beispielsweise, aber nicht mehr um Cannabis. Das ist aus und vorbei.

Etwas weiter südlich liegt die Grenze zu den USA – und wer von Vancouver nach Seattle fährt, 230 Kilometer, dem wird spätestens hier bewusst, dass er Zeuge eines historischen Wandels ist: Die Ära der globalen Prohibition von Cannabis geht zu Ende.

Denn der Weg nach Seattle ist gesäumt von Läden wie Healthy Living Center („Für die BIODYNAMISCHE Cannabis-therapie“) oder Green-Theory („vom ‚Dope-Magazin‘ nominiert als bester Cannabis-händler“). Seattle selbst hat neuerdings mehr Marihuana-geschäfte als McDonald's-Filialen, und in Uncle Ike's Pot Shop, gleich neben einer Kirche gelegen, wird der Kiffer beraten von über einem Dutzend freundlichen Angestellten. Das Sortiment umfasst Cannabisprodukte zum Rauchen, Essen oder Trinken, stark berauschendes Kraut und mildes, Cannabiscremes und Cannabismassageöl.

Die Polizei greift nur ein, wenn jemand seinen Joint in der Öffentlichkeit ansteckt. Aber daheim oder bei Freunden darf jeder Erwachsene über 21 Jahren seit dem 8. Juli vorigen Jahres völlig legal Cannabis konsumieren im Bundesstaat Washington.

Ähnliches gilt bereits in Colorado, Alaska, Washington, D.C., bald auch in Oregon, und kommendes Jahr gesellt sich aller Wahrscheinlichkeit nach Kalifornien dazu.

Dies sind die Vereinigten Staaten – das Land, das einst den „Krieg gegen die Drogen“ ausgerufen hat. Ausgerechnet Amerika ist jetzt dabei, Frieden zu schließen mit dem – nach Alkohol und Tabak – populärsten Suchtmittel im Land. Erstmals ist eine Mehrheit der Amerikaner dafür, die Prohibition aufzugeben. Innerhalb der nächsten fünf Jahre, so erwarten viele, falle sie auf Bundesebene.

Was hier geschieht, ist nichts Geringeres als eine Revolution. Sie wird weltweit Folgen haben, auch in Deutschland, wo die Diskussion um eine neue Linie in der Drogenpolitik kaum begonnen hat.

Noch will die Mehrheit der Deutschen (59 Prozent) festhalten am strikten Verbot von Cannabis, wie eine aktuelle SPIEGEL-Umfrage zeigt. Dennoch, die Prohibition verliert hier ebenfalls rapide an Unterstützung – vor allem unter den Jüngeren und den höher Gebildeten.

Grüne, Linkspartei und FDP haben sich bereits für die Legalisierung ausgesprochen. Städte wie Hamburg, Köln, Berlin und Frankfurt streben eine kontrollierte Freigabe an, um so ihre Drogenschwarzmärkte in den Problemvierteln auszutrocknen. Zunehmend fordern auch Mediziner, Polizisten und Juristen, das Cannabisverbot aufzugeben. Nicht weil das Zeug harmlos wäre – sondern gerade weil es gefährlich sein kann.

Hubert Wimber ist frisch pensioniert, fast 18 Jahre lang war er der Polizeipräsident von Münster, einer Studenten- und Kifferstadt. Mit dem Irrsinn des deutschen Betäubungsmittelgesetzes ist er aufs Engste vertraut. „Wir waren“, gesteht er, „komplett erfolglos.“

Gelang neben dem alltäglichen Kleinklein doch mal ein Coup – Kellerplantage ausgehoben, Dealer verhaftet –, so verpuffte die Wirkung beinahe sogleich: nächste Kellerplantage gepflanzt, Nachrücker-Dealer am Start.

Als Pensionär dem Dienstrecht nicht länger unterworfen, will Wimber jetzt helfen, die Drogenrevolution auch in Deutschland anzuzetteln. Er wird in Kürze die deutsche Sektion von Law Enforcement Against Prohibition gründen, die wie ihr Vorbild in den USA verbotsverdrossene Polizisten,

Staatsanwälte und Richter zusammenbringen soll.

„Die Professionalität dieses Personenkreises“, hofft Wimber, werde die Debatte um das richtige Vorgehen gegen die Drogen in Deutschland endlich befeuern. „Der Milliardenbetrag, den wir für die Verfolgung und Bestrafung verschwenden, lässt sich viel sinnvoller einsetzen für Aufklärung und Prävention.“ Noch allerdings ist Wimbbers Meinung unter deutschen Polizeichefs keineswegs mehrheitsfähig. „Rationalität“, sagt er, „hat einen schweren Stand bei diesem Thema.“

Das wichtigste Argument der Legalisierer lautet: Wenn der Staat es schon nicht hinbekommt, diesen Stoff aus der Welt zu schaffen, dann besteht seine zweitbeste Option darin, die mit dem Stoff verbundenen Risiken zu mindern. Dafür gibt es nur einen Weg: Der Staat muss den Cannabismarkt gestalten, nicht die Drogenmafia.

Er muss ihn entkriminalisieren und regulieren, und im Gegenzug darf und soll er ihn besteuern.

Weltweit überarbeiten viele Staaten ihr Verhältnis zu Cannabis. Uruguay hat den kontrollierten Anbau und Verkauf als bisher einziger Staat komplett legalisiert. Spanien und Portugal, die Niederlande oder Tschechien haben ihre Marihuana-politik so weit liberalisiert, dass sie einer Freigabe nahekommt.

Nächstes Jahr im April werden auch die Vereinten Nationen auf einer Vollversammlung über eine neue Drogenpolitik beraten. Vielleicht steht da ein Umbruch bevor, denn eines ist gewiss: Der globale Konsens zur Ächtung von Cannabis ist zerbrochen.

Der ehemalige Uno-Generalsekretär Kofi Annan gehört einer exzellent besetzten Gruppe an, die sich im Vorfeld der Uno-Debatte für einen radikalen Umschwung einsetzt. Die Global Commission on Drug Policy will den Krieg gegen die Drogen beenden, weil dieser nicht zu gewinnen sei.

Und weil er mehr Menschen getötet habe als die Drogen selbst. Außerdem will die Kommission die Kriminalisierung der Drogennutzer stoppen, ganz gleich, ob sie nun Cannabis konsumieren, Ecstasy oder Heroin.

Annan und seine Mitstreiter, darunter mehr als ein halbes Dutzend ehemalige Staatspräsidenten, fordern eine rationale Politik. Sie soll sich nicht länger an Moralvorstellungen orientieren („Drogen sind



SPIEGEL-UMFRAGE

36%

der Befragten finden, dass Cannabis in Deutschland frei erhältlich sein sollte. 59% denken, der Besitz sollte weiterhin strafrechtlich verfolgt werden.

90%

sind dafür, dass für Patienten, deren Beschwerden durch Cannabis gelindert werden könnten, der Zugang erleichtert wird. 8% sind dagegen.

TNS Forschung vom 27. bis 29. April; 1002 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“/keine Angabe

böse“), sondern an den wissenschaftlich gesicherten Fakten. Sie wollen den Schaden minimieren, den Drogen anrichten. Dafür, so empfehlen die Reformer, sollen die Staaten viel mehr investieren in Aufklärung, Prävention und sinnvolle Therapieangebote.

Als Vorbild gilt ihnen der Kampf gegen die Zigaretten: Die Zahl der Raucher in den reichen Ländern sinkt – nicht weil Staatsanwälte sie belangen, sondern weil Raucher die Risiken besser kennen und weil die Staaten das Ihre tun: Sie erhöhen die Steuern und schränken das Rauchen in der Öffentlichkeit ein.

Getrieben wird die internationale Bewegung zur Liberalisierung zudem von einer nahezu schlagartig veränderten Grundhaltung zu der Substanz: Viele Gesellschaften sehen in Cannabis nicht mehr nur eine unwillkommene Rauschdroge – sondern auch ein legitimes Therapeutikum.

Seit Jahrtausenden hat Cannabis einen festen Platz in der Apotheke der Menschheit. Forscher haben inzwischen bestätigt, was Heiler schon ewig wissen: Hanf wirkt schmerzmindernd, muskelentspannend, appetitanregend, entzündungshemmend, stimmungsaufhellend.

In therapeutischer Dosierung macht Cannabis nicht unbedingt high – aber es lindert bei vielen Krebskranken die Übelkeit während der Chemotherapie. Es kann bei Schmerzpatienten den Bedarf an Opioiden senken und sie manchmal sogar ganz ersetzen. Ein cannabisbasiertes Mundspray lässt die quälenden Spastiken vieler Multiple-Sklerose-Patienten abklingen. Ein Cannabisextrakt, der noch in klinischen Studien erprobt wird, scheint schwer epilepsiekranken Kinder vor vielen Anfällen zu bewahren. Nebenwirkungen gibt es, etwa Herzrasen, Mundtrockenheit oder Benommenheit. Doch sie liegen in dem Rahmen, der auch für andere Medikamente toleriert wird.

Cannabis kann ein wichtiges, sogar ein unverzichtbares Hilfsmittel für überraschend viele chronisch Kranke sein. Und trotzdem werden die Patienten auch in Deutschland immer noch Opfer einer bornierten Unbarmherzigkeit:

Ganz gleich, ob die Medizin hilft, sie ist verboten. 90 Prozent der Deutschen, das hat die SPIEGEL-Umfrage ergeben, möchten diesen Missstand sofort beenden: Cannabis solle für jeden verfügbar sein,

dem es nützt, doch die Realität sieht anders aus.

Nach einer Tumorerkrankung konnte Robert Strauss aus Augsburg seine Schmerzen in der Wirbelsäule nur noch mit Cannabis lindern. Von der Bundesopiumstelle erhielt er im Februar 2014 eine der hierzulande äußerst seltenen Ausnahmegenehmigungen zum Bezug von Cannabis aus der Apotheke. Diese legte er der Augsburger Polizei vor. Trotzdem machten ihm die Beamten, so erzählte er der „Süddeutschen Zeitung“, seither das Leben zur Hölle.

Auf der Straße wurde er vielfach angehalten und angewiesen, seine Taschen zu leeren. An einem Septemberabend stürmte die Polizei seine Wohnung und beschlagnahmte das genehmigte Cannabis wie auch die Pflanze, die er in der Küche stehen hatte. Diese brachte ihm ein Ermittlungsverfahren wegen illegalen Besizes und Verdachts auf Drogenhandel ein.

Strauss hatte daraufhin keine Medizin mehr. Er musste ausweichen auf rezeptpflichtige Schmerzmittel, doch anders als Cannabis machten die ihn schläfrig. Die Folge: Er stürzte, und davon hat sich Robert Strauss nicht mehr erholt. Im Januar ist er 50-jährig gestorben – ein Opfer der deutschen Drogenpolitik.

Andere Länder machen vor, wie Fürsorge geht. Israel hat mehr als 20 000 Kranken die Genehmigung erteilt, Cannabis als Therapeutikum zu nutzen. In Kanada sind es mehr als 50 000. Die Gesundheitsbehörden gehen davon aus, dass sich diese Zahl schnell fast verzehnfachen wird.

In Kalifornien, wo Patienten schon seit 1996 nur ein Rezept brauchen, wird Cannabis von Hunderttausenden genutzt – von Krebskranken und Depressiven, von Menschen mit HIV, Arthritis, der Darmerkrankung Morbus Crohn oder Multipler Sklerose. Dabei sind gesicherte Wirknachweise noch rar, meist gibt es nicht mehr als die Berichte von Ärzten und Patienten, dass Cannabis ihnen guttue. Mit der Dosis experimentieren alle Beteiligten freihändig.

Kalifornien zählt derzeit mehr als tausend Abgabestellen für Marihuana. Lieferdienste bringen den Stoff sogar nach Hause. 23 US-Bundesstaaten haben bereits Gesetze erlassen, um Patienten den Bezug von Cannabis einfach und legal zu ermöglichen. Mehr als zwei Millionen kranke Amerikaner machen Gebrauch davon.

Und Deutschland? Die Bundesopiumstelle hat bisher nur 449 Kranken den Bezug von Medizinalhanf gestattet, eine Zahl, die eine eklatante Unterversorgung vermuten lässt. Franjo Grotenhermen, Arzt und Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft Cannabis als Medizin, hat die internationalen Daten hochgerechnet; er stellt fest, dass Zehntausende, vielleicht sogar bis zu 1,6 Millionen deutsche Patienten von Hanf gesundheitlich profitieren könnten. Der Bundesregierung mit ihrer Verweigerungshaltung wirft er „massenhafte, langjährige unterlassene Hilfeleistung“ vor.

Die wenigen, die eine Cannabisgenehmigung ergattern, durchleben dann Situationen von kafkaeskem Irrsinn. Der einzige Hersteller, eine niederländische Firma mit staatlicher Lizenz, hat seit über einem Jahr chronische Lieferprobleme. „Ganz selten kommt da mal etwas an“, sagt Axel Junker von der Insel Sylt, 62, stellvertretender Sprecher des Selbsthilfenetzwerks Cannabis-Medizin.

Und selbst wenn der Nachschub funktioniert: Die gesetzlichen Krankenkassen verweigern meist die Kostenübernahme bei Cannabis, das in therapeutischer Form monatlich Hunderte Euro kosten kann.

Viele Schwerkranke können sich also ihre ärztlich verordnete Medizin nicht leisten, die sie trotz behördlicher Genehmigung auch gar nicht kaufen können. Es bleibt ihnen nur, Marihuana selbst anzubauen oder auf der Straße zu kaufen. Beides macht sie zu Kriminellen.

Die Lösung für das Dilemma wäre einfach; Österreich, die Niederlande und Kanada haben sie bereits umgesetzt. Dort gibt es nun staatliche Cannabisagenturen, um die Versorgung der Kranken sicherzustellen. Deutschland tut bisher nichts dergleichen. Das Thema, so sagt ein Sprecher des Bundesgesundheitsministeriums lapidar, „ist in Beratung“.

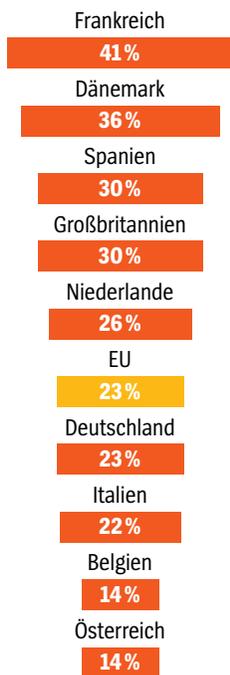
Ein Lichtblick, nicht mehr: Bundesgesundheitsminister Hermann Gröhe (CDU) hat angekündigt, den Zugang zu Cannabis für Schwerkranke zu verbessern. Ab 2016 sollen die Krankenkassen zur Kostenübernahme gezwungen werden. Zudem sollen mehr Patienten als bisher für Cannabismedikamente infrage kommen – aber die Entscheidung darüber soll wohl auch in Zukunft nicht allein beim Arzt und seinem Patienten liegen.

Eine wirkliche Liberalisierung strebt Gröhe nicht an. Missbrauch zu verhindern bleibt für ihn dringlicher als die Versorgung der Leidenden.

Wer Cannabisrauch in die Lungen saugt, der flutet sein Gehirn in Sekundenschnelle mit mindestens 60 Substanzen, den Cannabinoiden. Die wichtigsten sind das eher sedierende CBD (Cannabidiol) und vor allem das THC (Tetrahydrocannabinol) – der Stoff, der in höheren Dosen high macht.



Anteil der Cannabis-konsumenten*



* Erwachsene (15 – 64 Jahre), die im Laufe ihres Lebens Cannabis konsumiert haben; Schätzung; Quelle: EMCDDA, 2015

Die Cannabinoide können ihre Wirkung nur deshalb entfalten, weil Menschen ganz ähnliche Moleküle selbst herstellen, die sogenannten Endocannabinoide. Diese Botenstoffe sind unverzichtbar für den gesunden Normalbetrieb des Denkapparats. Sie spielen eine Schlüsselrolle in jenen Hirnregionen, die für die Aufmerksamkeit, das Denken und Fühlen zuständig sind.

Rezeptoren für Cannabinoide finden sich auch andernorts – unter anderem in Immunzellen, im Herzen, in der Haut, den Blutgefäßen, der Bauchspeicheldrüse. Die weite Verbreitung dieser Rezeptoren dürfte erklären, warum so viele Therapeuten und Patienten dem Cannabis ein extrem breites Wirkspektrum attestieren.

Als diese Zusammenhänge vor Jahren entdeckt wurden, glich das einer Sensation: Cannabinoide sind keine Fremdkörper, kein Gift, sondern etwas, was der Körper sogar braucht.

Manche Krankheiten entstehen, weil im Gehirn plötzlich bestimmte Botenstoffe fehlen. Die Ursache für Parkinson zum Beispiel ist ein Mangel des Neurotransmitters Dopamin. Die Entdeckung des Endocannabinoid-Systems hat die Hypothese untermauert, dass manche neurologischen oder psychiatrischen Erkrankungen auf eine Unterproduktion von Endocannabinoiden zurückgehen – und daher mit Hanfprodukten auf bestmögliche Weise zu behandeln wären.

Welche genau? „Das ist noch nicht bekannt“, sagt Kirsten Müller-Vahl, Professorin für Psychiatrie an der Medizinischen Hochschule Hannover. Doch sie hat Vermutungen: einzelne Fälle von Schizophrenie zum Beispiel, ebenso die Aufmerksamkeitsstörung ADHS oder das Tourette-Syndrom, eine Erkrankung, die zu quälenden Tics führt.

Seit Jahren behandelt die Ärztin ihre schlimmsten Tourette-Fälle, bei denen sonst nichts mehr hilft, erfolgreich mit Medikamenten auf Cannabisbasis. Viele ihrer Patienten halten sie für wirksamer als die sonst üblichen Neuroleptika – bei weniger Nebenwirkungen.

Müller-Vahl hat kein Verständnis dafür, dass Deutschland die Droge immer noch dämonisiert. Dabei sei zumindest für Erwachsene „das Risiko der Selbstschädigung durch Cannabis gering“. In vielerlei Hinsicht sei die Substanz sogar besonders sicher, sicherer als viele legale Stoffe.

Das millionenfach geschluckte Schmerzmittel Paracetamol kann lebensgefährlich sein; eine einzige Überdosis des frei verkäuflichen Medikaments vermag die Leber mit einem Schlag zu zerstören. Das Risiko einer Überdosis macht auch Opioide riskant und überdies den Alkohol. Wer eine Flasche Korn auf ex kippt, der kann seinen Hirnstamm so sehr vergiften, dass es außerstande gerät, für Atmung und Herz-



Kifferin in einem Marihuana-Fachgeschäft in Vancouver: Akt der Rebellion



Cannabis-Volksfest in Denver: Bustouren zu den schönsten Jointfabriken



Früherer Münsteraner Polizeichef Wimber, Psychiaterin Müller-Vahl: „Das Risiko der Selbstschädigung ist gering“

schlag zu sorgen. Es geschieht daher regelmäßig, dass sich Menschen totsaufen. Es ist aber noch niemandem gelungen, sich totzukiffen.

Die Zahl der Überdosis-Toten bei Cannabis beträgt weltweit exakt null, und der Grund dafür ist dieser: Im Hirnstamm, dem entwicklungs geschichtlich ältesten Teil des Gehirns, gibt es kaum Rezeptoren für Cannabinoide. Dieser lebenswichtige Teil des Denkgorgans ist immun gegen die Droge. Im restlichen Körper aber kann sie sehr wohl Schaden anrichten. Langjährige Kiffer haben etwa ein erhöhtes Risiko für Krebserkrankungen des Mund-Rachenraums. Wer Haschisch zusammen mit Tabak raucht, was in Deutschland anders als in den USA üblich ist, handelt sich zudem noch das ganze und wesentlich größere Spektrum der Tabakrisiken ein.

Früher behaupteten die Experten, Haschisch sei eine Einstiegsdroge – wer damit anfangte, lande unweigerlich beim Heroin. Die These ist in der politischen Diskussion nicht totzukriegen, dabei gilt sie wissenschaftlich als widerlegt. Die Niederlande betreiben seit Jahrzehnten eine extrem liberale Cannabispolitik, und gleichzeitig haben sie eine extrem niedrige Rate an nachwachsenden Heroinjunkies.

Jetzt diskutieren Mediziner, ob Cannabis nicht als Ausstiegsdroge infrage kommt: Alkoholiker, Tabletten-, Heroin- oder Kokainsüchtige stehen den Entzug besser durch, wenn sie dabei kiffen.

Von Cannabis geht natürlich auch eine Suchtgefahr aus, doch die ist geringer, als viele glauben. Neun Prozent der Nutzer werden süchtig, so hat die amerikanische National Academy of Sciences in einer Studie ermittelt. Das Abhängigkeitspotenzial liegt damit weit unter dem von Alkohol (15 Prozent), Kokain (17 Prozent), Heroin (23 Prozent) und Tabak (32 Prozent). Auch der Grad der Sucht fällt offenbar ver-

gleichsweise milde aus – zumindest bei Erwachsenen.

Für Jugendliche aber bestehen wesentlich höhere Sucht- und Gesundheitsrisiken. Gerade im Teenie-Alter steckt das Gehirn mitten in einem Umbauprozess, in dem sich das Denkgorgan neu strukturiert. Viele Studien zeigen, dass Cannabis – wie auch Alkohol – in diesen Vorgang eingreifen und ihn stören kann. Das bedeutet: Sogar mäßiger Konsum in dieser Zeit kann für Jugendliche dauerhafte Folgen haben, weil die Substanz ihre Hirnstruktur zu verändern vermag.

Selbst unter jugendlichen Kiffern, die nur einen Joint pro Woche rauchen, haben Forscher eine Reihe von kognitiven Defiziten nachgewiesen. Viele lernen schlechter und sind weniger aufmerksam. Regelmäßiges Kiffen führt bei Jugendlichen tendenziell zu schlechteren Schulnoten. Es ist umstritten, ob die Leistungsfähigkeit nach längerer Abstinenz wieder ihr normales Niveau erreicht.

Besonders dramatisch kann sich starker Konsum auf Jugendliche auswirken, die psychisch instabil sind. Das Kiffen erhöht ihr Risiko für eine spätere Psychose offenbar um ein Vielfaches; und wer dafür prädisponiert ist, kann als Folge auch früher erkranken.

Die wichtigste Frage in der Legalisierungsdebatte sollte daher lauten: Wie lassen sich Jugendliche besser vor frühem Cannabiskonsum schützen – durch ein generelles, weithin unterlaufenes Verbot des Stoffs? Oder durch die kontrollierte Freigabe an Erwachsene mit flankierenden Maßnahmen zum Jugendschutz?

Keine Variante ist ideal. Jugendliche verhalten sich eben alterstypisch neugierig. Nur eines steht außer Frage: Die Prohibition ist eindrucksvoll daran gescheitert, Teenies von dem Zeug fernzuhalten – den ersten Joint rauchen sie in Deutschland mit durchschnittlich 16 Jahren.

Wenn Cannabisbesitz keine Straftat wäre, könnte es den Heranwachsenden immerhin leichterfallen, darüber mit Lehrern, Eltern oder Drogenberatern offen zu sprechen. Auf diese Weise, glauben die Reformen, entstünde eine vertrauensvolle Atmosphäre, in der die Aufklärung über die Risiken des Konsums besser gelingen könnte.

Auch US-Präsident Barack Obama war in seiner Jugend ein begeisterter Kiffer. Offenbar kam er später im Leben trotzdem gut zurecht. Als er voriges Jahr erklärte, er halte „Marihuana nicht für gefährlicher als Alkohol“, brandete Empörung auf. Eltern warfen ihm vor, Cannabis zu verharmlosen.

Das Gegenteil ist richtig: Obama hat den Alkohol verharmlost. „Es ist völlig unstrittig, dass Alkohol im Vergleich viel gefährlicher ist. Die körperlichen und psychischen Folgen sind gravierender, die Kosten, die unsere Gesellschaft zu tragen hat, liegen viel höher“, urteilt Psychiaterin Müller-Vahl.

Alkohol ruiniert Lebern, Hirnzellen und Ehen. Gerade angetrunkene Männer neigen zu Gewalt. Ein paar Wodkas zu viel, und friedfertige Gestalten verwandeln sich in Schläger, Vergewaltiger, sogar Mörder. Ein Drittel aller Gewaltdelikte in Deutschland wird von Tätern begangen, die durch Alkohol jede Hemmung verloren haben.

Die Kifferkriminalität hingegen beschränkt sich zumeist auf den Besitz der Droge (und auch auf das Autofahren unter ihrem Einfluss). Der Rausch euphorisiert und entspannt zugleich. Vieles intensiviert sich: Gefühle werden größer, Witze lustiger, Landschaften eindrucksvoller, Musik besser, Gedanken freier. Und die Zeit vergeht langsamer. Warum soll dieser Rausch verboten sein?

Worin besteht die Verwerflichkeit, die das Cannabisrauchen überhaupt zum Straftatbestand erhebt? Wer einen Joint raucht oder auch nur eine Hanfpflanze besitzt, der begeht ein spezielles Delikt – eines, bei dem es kein Opfer gibt.

Der Täter schädigt niemanden, höchstens sich selbst. Eine potenzielle Selbstschädigung zur Straftat zu machen ist im deutschen Rechtssystem aber ungewöhnlich. „Man kann ein Verhalten nicht massenhaft kriminalisieren, das nicht fremdschädigend ist“, urteilt der Bremer Strafrechtler Lorenz Böllinger, Verfasser einer Petition gegen das Cannabisverbot. Jeder zweite deutsche Strafrechtsprofessor hat die Eingabe vergangenen Jahr unterzeichnet.

Der freie Bürger muss die Wahl haben, wie er sich die Gesundheit ruiniert – mit Zigaretten, mit zu viel oder zu wenig Sport, mit fünf Currywürsten am Tag. Warum sollte das bei Cannabis anders sein? Dass Haschisch riskant sein kann, macht das Verbot nicht begreiflicher, denn viele Dinge im Leben sind riskant und straffrei, Autofahren zum Beispiel, Reiten oder Sex.

Weshalb denn Alkohol legal sei und Hanf nicht, wurde kürzlich auch die deutsche Drogenbeauftragte gefragt. Marlene Mortler (CSU), eine gelernte Landwirtin, antwortete grantig: „Weil Cannabis eine illegale Droge ist. Punkt.“

Die Replik klang nur einfältig, tatsächlich trifft sie das Problem exakt. Am 30. März 1961 schlossen Dutzende Staaten unter dem Dach der Vereinten Nationen das

sogenannte Einheitsabkommen über die Betäubungsmittel ab, in dem sie sich verpflichteten, illegale Drogen massiv zu bekämpfen, darunter auch Cannabis.

Der Stoff war zu jener Zeit in Europa und den USA noch nicht weit verbreitet und das Wissen darüber dürftig. Dennoch einigten sich die damaligen Experten darauf, dass dies ein ganz besonders schlimmes Kraut sei, ohne jeden Nutzen für die Menschheit.

Seither ist Cannabis globaler Verdammnis ausgesetzt. Die Verteufelung hat unter anderem Hunderttausende Menschen ins Gefängnis gebracht. Sie hat zudem die medizinische Erforschung der Substanz massiv behindert. Nur eines hat sie nicht erreicht: die Eindämmung der Droge. Rund 150 Millionen Menschen weltweit, so schätzt die Weltgesundheitsorganisation WHO, sind Kiffer.

John Hickenlooper war gegen die Legalisierung, aber er hatte keine Wahl. Als Gouverneur von Colorado musste er sich einem Volksentscheid beugen, der seinen Bundesstaat zum Pionier machte. Jetzt steht der Politiker seit bald 18 Monaten einem Projekt vor, das er „eines der großen Sozialexperimente des 21. Jahrhunderts“ nennt.

Bisher läuft es überraschend gut. Das „Canna-Business“ ist jetzt die schnellstwachsende Branche Amerikas, und Colorado steckt mittendrin. Zehntausende neue Jobs sind im „Green Rush“ entstanden und mehr als tausend neue Firmen.

Drogentouristen strömen nach Colorado. Bustouren führen zu Denvers schönsten Jointfabriken. Es gibt Cannabiskochkurse und Cannabisyoga. Die Tageszeitung „Denver Post“ hat eigenes ein Cannabisressort geschaffen, um das Jahrhundertprojekt publizistisch zu begleiten.

Die Universität von Denver bildet Anwälte aus, die sich auf die Belange der Hanffarmer spezialisieren. Leute, die ehemals klassische Dealer waren, Experten im Vertuschen und Verstecken, belegen jetzt Kurse in Steuerrecht und Buchführung. Fachlabore prüfen die Pflanzenprodukte auf Wirkstoffgehalt und Reinheit; was den strengen Qualitätsstandards nicht genügt, darf nicht verkauft werden.

Weiterhin kifft nur eine Minderheit. Vor der Freigabe griffen 16,1 Prozent der Bevölkerung zu Cannabis, ein Jahr später waren es 18,9 Prozent.

Ein Argument der Prohibitionsanhänger lautete: Wenn Cannabis freigegeben wird, dann werden bekifft Autofahrer katastrophale Unfälle verursachen. Einzelne solcher Crashes hat es gegeben – aber insgesamt ist die Zahl der Verkehrsunfälle ebenso gesunken wie die Kriminalitätsrate.

Trotz der Legalisierung ist dies kein Wirtschaftszweig wie jeder andere. Wer Gras verkauft, der bekommt bei kaum einer Bank ein Konto, das gebieten US-Bundesgesetze zur Bekämpfung der Geldwäsche. Die Folge: In den Shops gibt es Dope nur gegen Cash. Wenn die Marihuana-geschäfte monatlich ihre Steuern entrichten, fahren sie Säcke voller Geldscheine zum Finanzamt.

Über 76 Millionen Dollar an Cannabissteuern hat Colorado voriges Jahr eingenommen, weniger als erwartet. Ein großer Teil der Geldes, das haben die Bürger im Volksentscheid bestimmt, fließt in den Bau neuer Schulen. Künftig werden davon wohl auch Präventionsprogramme für Jugendliche bezahlt.

Ob dieser Teil des Sozialexperiments gelingt, weiß noch niemand. Wie sich die Freigabe auf Jugendliche auswirkt, wird sich erst in Jahren zeigen. Aber offenbar folgen alle Fachgeschäfte dem Verbot, an Teenager zu verkaufen. Täten sie es nicht, drohte ihnen der Entzug der Lizenz.

Gouverneur Hickenlooper musste kürzlich in einem Interview einräumen, dass manche seiner Bedenken gegen die Legalisierung unberechtigt waren. Er sei jetzt froh, dass die Cannabismillionen „im Staat Colorado bleiben“ und nicht mehr in den Taschen „korrupter Gangster“ landen.

Marco Evers, Laura Höflinger

Heilpflanze Hanf

Wirkung der im Cannabis enthaltenen Stoffe auf den Körper

Die sogenannten Cannabinoide binden an zwei Arten von Rezeptoren an ...

